

Resteverwertung

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

heuer ist nichts mehr, wie es war. Die Corona-Krise hat uns alle aus der politischen Routine gerissen und zu einem Blick in die Zukunft gezwungen.

Zukunft kann man weder voraussagen noch berechnen, das haben uns Finanzkrise und Pandemie deutlich gezeigt. Zukunft aber kann man gestalten. Und da gilt es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen weiter zu blicken als für den Zeitraum bis zur nächsten Wahl.

Und darum ist es heute umso wichtiger, Bilanz zu ziehen und Vorsorge zu treffen. Schauen wir genau drauf, wie wir gewirtschaftet haben und wie transparent das Geld eingesetzt wurde. Die Versäumnisse der letzten Jahre fallen uns nämlich seit März bitterst auf die Füße.

Die Ausgaben sind 2018 um 4,9% gestiegen. Für 2019 wurden sogar Ausgabensteigerungen von 6,5% beschlossen, für 2020 – alles noch vor der Krise - nochmal 3,2% oben drauf! Das Ziel war doch, unter 3% zu bleiben!

Trotz Warnungen haben Sie 2018 etliche neue Ausgaben beschlossen – per Gesetz gleich für die nächsten Jahre. Ausgaben, die zukünftige Haushalte extrem belasten und den Handlungsspielraum einschränken: 375 Mio Landespflegegeld, 767 Mio Familiengeld, 150 Mio Eigenheimzulage, 37,5 Mio Baukindergeld... über 1,3 Mrd Euro – all das ohne strukturelle Verbesserungen.

Eine Steigerung von 250% im Ressort „Gesundheit und Pflege“, die fast ausschließlich für das Landespflegegeld drauf geht. Diese Mittel könnten wir jetzt gut für eine nachhaltige Vorsorge gebrauchen – für ausreichend und besser bezahltes Pflegepersonal und nicht nur einmal 500 Euro auf die Hand, Herr Söder!

Und die Rücklage, die sich angesichts der guten Steuereinnahmen positiv entwickelt hatte, betrug Ende 2018 rund 10 Mrd. Euro. Sie wollten sie bis Ende 2020 auf 7 Mrd. dezimieren – noch vor Corona, bei noch boomender Konjunktur! Schon ohne Not in Rücklagen zu greifen, ist ein „No-Go“.

Und in dieser Situation kommt jetzt der COVID-19 bedingte Konjunkturunbruch!

Ein kurzer Blick auf die Schulden

Die Tilgung unserer Schulden haben Sie 2019 eh quasi rückwirkend abgeschafft – verzehntelt auf 50 Mio. Das Perfide daran: Jetzt haben wir weder sinkende Schulden noch angemessene Zuführungen an den Pensionsfonds.

Da kommen die Corona-Schulden von 20 Mrd. Euro und der Bayern Fonds noch obendrauf! Und die Ausgaben der zweiten Stammstrecke, der Behördenverlagerungen, ein neues Konzerthaus – andere Künstler ignorieren Sie ja gern mal, wenn's drauf ankommt... sowie die Investitionsstaus bei Bildung und Infrastruktur.

Das ist keinesfalls generationengerecht! Und schon gar nicht zukunftsintelligent!

Was sagt nun der ORH zum Haushalt 2018?

Zunächst, Herr Präsident und Frau Vize-Präsidentin, Danke an Ihr Haus für Ihren Bericht und die gemeinsame Ausschusssitzung über Ihre konstruktiven Vorschläge.

Ich nehm's gleich vorweg: Die Kritik an den hohen Haushaltsresten ist deutlich und berechtigt! Die nicht gemachten Hausaufgaben haben so ein Ausmaß angenommen, dass sie als eigene Einzelbeanstandung ressortübergreifend im Bericht stehen.

Da müssen doch alle Alarmglocken schrillen!

Die Haushaltsreste haben sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt: 7,3 Mrd. Ende 2018, also über 11% des Haushalts! Dem Grundsatz einer bedarfsgerechten Veranschlagung wird damit nicht ausreichend entsprochen.

Bei Bauprojekten ist eine Ausgabenverschiebung ja noch nachvollziehbar. Aber was ist mit den 326 Mio Euro Resten bei der allgemeinen Wirtschaftsförderung und den 114 Mio. bei der Krankenhausfinanzierung? Da bin ich auf Ihre Ausrede gespannt.

57 Mio Euro nicht umgesetzt beim Kapitel Energiewirtschaft, höher als die Ausgaben mit 41 Mio. Mehr nicht gemacht als gemacht.

Für digitale Bildung bleiben 36,4 Mio. übrig! Kein Wunder, 2018 sind da ja gar keine Mittel abgeflossen. Sie versprechen viel und setzen es dann nicht um.

Der Landtag muss sich das Budgetrecht zurückholen und die Möglichkeit bekommen, eingezogene Reste neu zu veranschlagen. Der ORH fordert eine Kategorisierung der Ausgabenreste, eine Übersicht darüber, was eingezogen werden kann und was nicht. Ja! Das fordern wir auch! Im Ausschuss aber abgelehnt, auch die Definition der Kriterien für Ausnahmeregelungen zur Übertragung. Wenn ich dann in Ihrer Stellungnahme lese, die „Staatsregierung sieht keinen Mehrwert“, finde ich das ganz schön arrogant.

Ich appelliere an Sie: Lassen Sie die Ausgabenreste nicht weiter als Reserve in den Ressorts stehen! Verwenden Sie sie zur Krisenbewältigung, investieren Sie jetzt dort, wo Geld gebraucht wird:

1. 1,5 Milliarden liegen bei „Bau und Verkehr“, Geld für Wohnraum und SPNV. Das sind Projekte wie die S4 und S7 in München, der Erdinger Ringschluss, die 2. Stammstrecke... Alles Projekte, über die seit Jahrzehnten geredet wird, aber keins davon ist auch nur halbwegs fertig! Dagegen war Berlin mit dem Flughafen richtig schnell.
2. Geben Sie die 402 Mio von „Soziales“ für neue Plätze in Frauenhäusern, soziale Infrastruktur und für schnelle Hilfen für Obdachlose aus!
3. 1,7 Milliarden warteten seit 2018 in „Kunst und Wissenschaft“ darauf, ausgegeben zu werden – für Investitionen, Sachmittel, Zuschüsse, Personal.

Offensichtlich wird hier regelmäßig zu viel veranschlagt, zu viel versprochen, zu viel angekündigt. Investitionen lassen sich verschieben und nachholen. Aber 630 Mio. Haushaltsreste beim Personal? Personal lässt sich nicht rückwirkend einstellen!

4. Und bitte stecken Sie die 154 Mio. Reste endlich in den vorgesehen Breitbandausbau!
5. Der Gipfel sind die 286 Mio., die bei „Bildung“ warten. Für Digitale Bildung, Schulung, genügend Personal. Bereiten Sie jetzt Blended Learning vor! Es ist ein Skandal, dass die Digitalisierung so lange verschleppt wurde. Es jetzt den Kommunen zu überlassen und nur Bundesmittel durchzureichen, ist zu billig, Herr Minister Piazzolo! Finanzieren Sie Endgeräte für Schüler*innen und für Lehrkräfte. Implementieren Sie die Digitalisierung in den Schulbetrieb, zusammen mit den Lehrkräften und mit klaren Ansagen.

So, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sähen kluge Investitionen in die Zukunft aus.

Das Thema IT zieht sich generell seit Jahren wie ein roter Faden durch die ORH Berichte. In Zeiten der Digitalisierung eine Schmach! Hier haben Sie weder im Bildungsbereich noch in der Verwaltung Ihre Hausaufgaben gemacht.

Seit 2004 wird versucht, eine einheitliche Software für Schulverwaltungen einzuführen. Das zeigt doch, dass hier Know-how, Bereitschaft und Strategie fehlen.

Erschreckend ist auch, dass es 2020 noch immer kein zentrales Softwarevertrags- und Lizenzmanagement gibt. Weder in den Ministerien noch in den Behörden. Hören Sie auf den ORH! Stoppen Sie das Desaster von Insellösungen und der damit verbundenen unnötigen Mehrausgaben. Apropos: Eine gute Gelegenheit, der Stabsstelle, zu dem Sie das Digitalministerium verdammt haben, endlich Kompetenz und Geld zu geben, damit was vorwärts geht.

Ein Umdenken in der Haushaltspolitik ist unumgänglich – angesichts der sinkenden Steuereinnahmen 2020 und der neuen Rückzahlungspflichten für die Corona-Schulden!

Setzen Sie JETZT Prioritäten! Zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen, zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir können kein Themenfeld mehr losgelöst sehen oder ignorieren: Wirtschaftlichen Erfolg, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit wird es nur gemeinsam geben mit Klimaschutz, mit Energiewende, mit Digitalisierung, mit verlässlicher Bildung für alle und mit einer Verkehrswende.

Denken wir endlich langfristig!
Handeln wir endlich nachhaltig und zukunftsintelligent!